

Nr. 5/26. November 2012

Die Welt von morgen – gerecht, global, gemeinsam

Standpunkt zur Bundestagswahl 2013

Die entwicklungspolitischen Herausforderungen sind in den letzten Jahren komplexer geworden, da die Aufteilung der Welt nach dem Nord-Süd-Schema nicht mehr möglich ist. Dies hat auch mit Entwicklungen in Schwellenländern wie Brasilien, Indien und China zu tun. Zwar wächst die Wirtschaft in diesen Ländern rasant, gleichzeitig lebt dort jedoch die Mehrzahl der Armen in der Welt. Auch der ökonomische und politische Einfluss der Schwellenländer hat auf internationaler Ebene stark zugenommen. Internationale Vereinbarungen, etwa zur Armutsbekämpfung oder zum Klimaschutz, können ohne diese Länder nicht mehr getroffen werden. Dies hat auch zur Folge, dass der Einfluss von Europa und Deutschland in der Welt an Bedeutung verliert.

Entwicklungspolitik muss daher Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen in den Mittelpunkt stellen. Unser Finanz- und Wirtschaftssystem produziert Verlierer und Gewinner weltweit. Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer werden diese Herausforderung entweder gemeinsam lösen – oder gar nicht. Entwicklungspolitik hat hier, verstanden als globale Strukturpolitik, einen wichtigen Beitrag zu leisten.

Noch deutlicher wird dies bei der Betrachtung der klimapolitischen Herausforderungen. Die Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten sind erreicht. Vor diesem Hintergrund wandelt sich das Versprechen einer nachholenden Entwicklung, das den Entwicklungsländern gegeben wurde, zu einer Bedrohung für die Überlebensfähigkeit dieser Welt. Ein Ausweg aus der Krise erfordert technologische Innovationen, er erfordert darüber hinaus aber auch ein grundsätzliches Überdenken und Reformieren des derzeitigen Wirtschaftsmodells. Wirtschaften heute muss die Lebensmöglichkeiten für die kommenden Generationen wahren.

Es geht darum, die Armen dieser Welt in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu unterstützen, globale Gerechtigkeit herzustellen und den Umbau Deutschlands hin zu einer sozial

und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft voranzutreiben. Diese Prozesse gehen Hand in Hand und bedingen sich gegenseitig. Wir brauchen mutige Politikansätze und Reformen sowohl im eigenen Land als auch auf globaler Ebene.

Aus Sicht von VENRO müssen dabei die folgenden Schwerpunkte im Vordergrund stehen:

1. **Entwicklungspolitik muss als Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation ausgestaltet werden!**

Eine neue Vision von zukunftsfähiger Entwicklung auszuarbeiten und umzusetzen, ist eine Aufgabe aller Politikfelder sowie von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Entwicklungspolitik kann und muss sich in diesem Prozess als treibende Kraft positionieren, indem sie das alte Geber-Nehmer-Denken endgültig überwindet. Eine sozial-ökologische Transformation kann durch neue Kooperationsmodelle in der internationalen Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Handlungsfeldern vorangetrieben werden. Die Überwindung der Armut, die Wahrung der Menschenrechte und die Förderung einer Wirtschaftsweise, die die Belastbarkeitsgrenzen des Planeten achtet, müssen dabei die übergeordneten Ziele sein.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- Entwicklungspolitik als Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation ausgestaltet und als eigenständiges Ressort für globale Strukturfragen mit den dafür notwendigen Kompetenzen und Ressourcen ausstattet.

- Armutsbekämpfung, Menschenrechte und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt einer neuen Vision stellt und alle nötigen Anstrengungen für eine globale zukunftsfähige Entwicklung unternimmt.
- die Geschlechtergerechtigkeit und die Überwindung jeder Form von Diskriminierung als Kernanliegen von Entwicklungspolitik weltweit voranbringt und die bestehenden internationalen Vereinbarungen zur Geschlechtergerechtigkeit systematisch in die Praxis umsetzt.
- die Schwellen- und Entwicklungsländer auf dem Weg der Versorgung mit erneuerbaren Energien und bei der Erhöhung der Energieeffizienz verstärkt unterstützt.

2. Politik und Wirtschaft müssen sich kohärent am Ziel einer nachhaltigen Entwicklung ausrichten!

Die Lebensbedingungen vieler Menschen in Entwicklungsländern werden stark durch nationale und internationale Entscheidungen der Handels- und Außenwirtschaftspolitik, der Sicherheits- und Rüstungsexportpolitik, der Agrarpolitik und anderer Politikfelder beeinflusst. Oft stehen diese Entscheidungen im Widerspruch zu den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung. Auch in den Industrieländern selbst muss eine Transformation einsetzen, die Wohlstand und Lebensqualität nicht am wirtschaftlichen Wachstum misst, sondern an sozialer und ökologischer Gerechtigkeit. Langfristig müssen alle nationalen und internationalen Politikfelder an den Zielen einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet werden.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- die bisherige Messgröße zur Beurteilung des Wohlstands, das Bruttoin-

landsprodukt, um soziale und ökologische Indikatoren ergänzt.

- auf internationaler Ebene ambitionierte Ziele ökologisch nachhaltiger und sozial gerechter Entwicklung (zum Beispiel beim Klimawandel) vertritt sowie sich für die Beseitigung von Hindernissen zum Erreichen dieser Ziele (zum Beispiel beim Welthandel) einsetzt.
- durch ressortübergreifende und institutionell verankerte Verfahren sicherstellt, dass alle Sektoren der internationalen Zusammenarbeit kohärent an entwicklungspolitischen Zielen ausgerichtet sind.
- die Bundesregierung verpflichtet, dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit einen jährlichen Kohärenzbericht vorzulegen.
- die internationalen Finanzmärkte so reguliert, dass volkswirtschaftlich schädliche Spekulationen unterbunden werden.

3. Die Millenniumsziele (MDG) müssen erreicht und zu globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen weiterentwickelt werden!

Beim Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) sind große Fortschritte erzielt worden. So konnte die Halbierung des Anteils der extrem Armen und die Versorgung mit sauberem Trinkwasser weltweit vorzeitig erreicht werden. Aber rund zwei Jahre vor der Zielmarke 2015 zeichnet sich ab, dass etliche Ziele in vielen Ländern verfehlt werden. Für die Zeit nach 2015 müssen in einem partizipativen und alle gesellschaftlichen Gruppen umfassenden Prozess globale Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele formuliert und beschlossen werden, die für alle Länder gültig sind.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- ihre Anstrengungen verstärkt, um die MDG in möglichst vielen Ländern der Welt bis 2015 zu erreichen.
- sich dabei insbesondere für die Entwicklungsziele in fragilen Staaten, in denen bisher keines der MDG erreicht wurde, einsetzt – auch über 2015 hinaus.
- international für eine Zusammenführung der Prozesse zur Erarbeitung einer „Post-2015-Entwicklungsagenda“ und einer „Post-Rio+20-Agenda“ eintritt.
- in Deutschland eine Koordination aller Ministerien etabliert, die für die zukünftige Agenda Sorge zu tragen haben.
- eine aktive und treibende Rolle bei der partizipativen Erarbeitung von neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen einnimmt.

4. Die Finanzierung einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung muss gesichert werden!

Die MDG verpflichten auch Deutschland zu einer verlässlichen internationalen Zusammenarbeit. Mit einem Anteil von 0,4 Prozent am Bruttonationaleinkommen (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit fällt Deutschland weit hinter das international vereinbarte Ziel von 0,7 Prozent zurück. Zusätzlich müssen Mittel für die internationale Klimafinanzierung erbracht werden. Es ist notwendig, insgesamt ein Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungs- und Klimafinanzierung aufzubringen. Für den bisher relativ gering besteuerten Finanzsektor ist es an der Zeit, sich am Gemeinwohl zu beteiligen.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- einen konkreten Stufenplan zum Erreichen des 0,7 Prozent-Ziels aufstellt.
- bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode mindestens ein Prozent des BNE für Klima- und Entwicklungsfinanzierung zur Verfügung stellt.
- auf die baldige Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer drängt und sich politisch verpflichtet, einen Teil der Erlöse für die Klima- und Entwicklungsfinanzierung zu nutzen.
- weitere innovative Finanzierungsinstrumente umsetzt beziehungsweise weiterentwickelt.
- die Mobilisierung eigener Ressourcen in den Schwellen- und Entwicklungsländern durch die Verhinderung von Kapitalflucht, Steuerhinterziehung und die Schließung von Steueroasen vorantreibt und für die Einrichtung einer internationalen Organisation für Steuerfragen eintritt.

5. Die Zivilgesellschaft muss gestärkt werden – bei uns und weltweit!

Der Zivilgesellschaft kommt weltweit eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Armut, dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, dem Einsatz für Demokratie, Partizipation und Menschenrechte sowie nicht zuletzt bei der kritischen Beobachtung staatlichen und wirtschaftlichen Handelns zu. Um diese Rolle – vor allem im Interesse benachteiligter und verletzlicher Bevölkerungsgruppen – ausfüllen zu können, braucht Zivilgesellschaft Unabhängigkeit und politischen Handlungsspielraum.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- Einschränkungen und Verboten zivilgesellschaftlicher Aktivitäten im

Ausland entschieden entgegentritt und die Partizipationsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen sichert beziehungsweise ausweitet.

- die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in Deutschland ohne Einschränkung ihrer Unabhängigkeit vornimmt.
- sich konsequent für die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an zentralen internationalen Prozessen (zum Beispiel G20) einsetzt und selbst mit gutem Beispiel vorangeht.
- die politische Rolle der Zivilgesellschaft in ihrem Einsatz für soziale Gerechtigkeit anerkennt und ihre Bildungs- und Anwaltschaftsarbeit verstärkt unterstützt.

6. Die Krisenprävention muss ausgebaut werden!

Militärische Interventionen in Krisenstaaten sind in aller Regel mit hohen menschlichen Opfern, enormen Kosten und zweifelhaften Erfolgsaussichten verbunden.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- den Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ sowie seine Strukturen weiterentwickelt.
- die öffentliche Diskussion über wirksame friedenspolitische und krisenpräventive Ansätze verstärkt und Dialogforen anbietet, in denen Zivilgesellschaft, Friedensforschung und Staat gemeinsam über krisenpräventive Ansätze diskutieren.
- ein Rüstungsexportkontrollgesetz verabschiedet, das Rüstungsexporte in Spannungsgebiete und an menschen-

rechtsverletzende Regime wirksam verhindert und Transparenz sowie parlamentarische Kontrolle sichert.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: 0228/9 46 77-0
E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Redaktion

Claus Körting, Heike Spielmans (verantwortlich)

Endredaktion

Kirsten Prestin (VENRO)

Bonn, November 2012